



359 Bericht von Jan Berkes, Frauke Peter, C. Katharina Spieß und Felix Weinhardt

Masterstudium ja oder nein? Gezielte Online-Informationen beeinflussen weitere Studienpläne

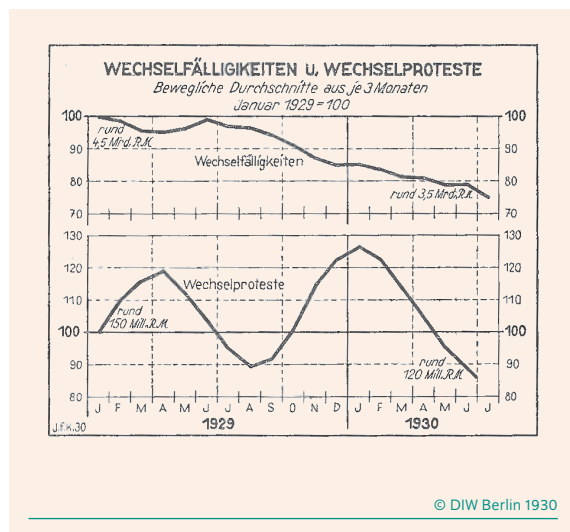
- Studie auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)
- Studierende wurden gezielt und onlinebasiert über Nutzen und Finanzierung eines Masterstudiums informiert
- Junge Männer schätzen ihre Perspektiven ohne Masterstudium besser ein, Absicht zur Aufnahme eines Masterstudiums sinkt – kein Effekt bei Frauen messbar

368 Interview mit Jan Berkes

372 Kommentar von Alexander Kritikos

Wieso der Staat bei den Start-up-Hilfen genau hinsehen sollte

Wechselproteste.



Die Wechselproteste sind gegenwärtig erheblich niedriger als vor einem Jahr. Sie dürften im Juli 1930 insgesamt etwa 120 Mill. RM betragen haben, gegenüber rd. 145 Mill. RM im Juli 1929¹⁾. Indes ist zu beachten, daß auch der Wechselumlauf abgenommen hat; während im Sommer 1929 monatlich rd. 4 bis 4^{1/2} Mrd. RM Wechsel zur Zahlung präsentiert wurden, sind gegenwärtig monatlich nur noch etwa 3^{1/2} Mrd. RM Wechsel fällig. Berücksichtigt man diesen Rückgang der Wechselfälligkeiten, dann ergibt sich, daß immer noch – wie im Vorjahr – 3 bis 4 vH. der fälligen Wechsel nicht eingelöst werden. Gegenüber dem letzten Winter ist freilich eine Besserung in der Sicherheit des Wechselkredits unverkennbar (um die Jahreswende wurden 4 bis 5 vH. der fälligen Wechsel protestiert). Nun ist aber auch ein Teil dieser Besserung saisonmäßiger Natur, da am Jahresende besonders viele Wechsel zu Protest zu gehen pflegen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß im Herbst wieder ein etwas größerer Teil der Wechsel uneingelöst bleibt als in diesem Sommer. Es darf jedoch angenommen werden, daß in den nächsten Monaten die Sicherheit des Wechselkredits nicht mehr als saisonüblich abnimmt; es sei denn, daß sich die Kreditlage – entgegen allen Erwartungen – neuerdings zuspitzen sollte.

¹⁾ Die Schätzung geht von den Durchschnittsergebnissen der im Jahr 1929 beendeten Konkurs- und Vergleichsverfahren aus. Die einzelnen Beträge sind jedoch etwas erhöht worden, da nach Erfahrungen aus der Vorkriegszeit im Verlauf von Hochspannung und Krisis nicht nur die Zahl der Zusammenbrüche, sondern auch die Durchschnittsgröße der insolventen Unternehmungen zunimmt. Im übrigen sei ausdrücklich betont, daß derartige Schätzungen nur annähernde Größenordnungen, niemals aber unbedingt genaue Angaben darstellen können.

Aus dem Wochenbericht Nr. 21 vom 20. August 1930.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 20. Mai 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Johannes Geyer

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

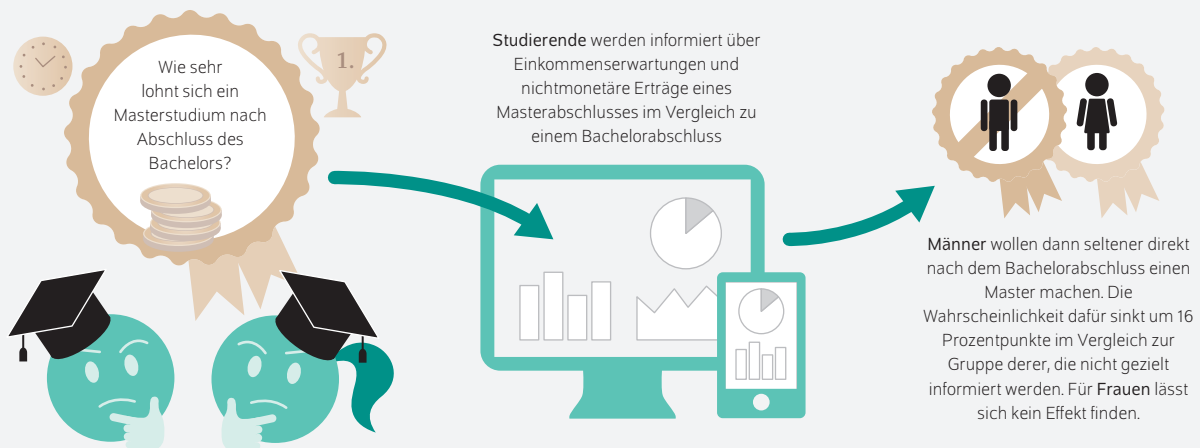
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Masterstudium ja oder nein? Gezielte Online-Informationen beeinflussen weitere Studienpläne

Von Jan Berkes, Frauke Peter, C. Katharina Spieß und Felix Weinhardt

- Studie auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up) untersucht Einfluss von Informationen auf Entscheidung für oder gegen ein Masterstudium
- Bachelorstudierende wurden gezielt und onlinebasiert über zusätzliche Erträge eines Masters und dessen Finanzierung im Vergleich zu einem alleinigen Bachelorstudium informiert
- Junge Männer schätzen infolgedessen ihre Perspektiven ohne Masterstudium besser ein als zuvor, Masterstudium verliert für sie an Attraktivität
- Absicht zur Aufnahme eines Masterstudiums sinkt bei Männern um fast 16 Prozentpunkte – Für Frauen lassen sich keine Effekte messen
- Gezielte Online-Informationen können sehr effektives und kostengünstiges Mittel sein, um besser informierte Bildungsentscheidungen zu ermöglichen

Gezielte Informationen zu Erträgen und Finanzierung eines Masterstudiums sorgen dafür, dass dieses für junge Männer relativ zu einem Bachelorstudium an Attraktivität verliert



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up).

© DIW Berlin 2020

ZITAT

„Relevante Informationen sind für Bildungsentscheidungen enorm wichtig – selbst nach mehreren Jahren Bachelorstudium wissen viele junge Menschen offenbar nicht genau, ob ein Masterstudium für sie sinnvoll ist. Ihnen sollten daher zum Ende ihres Bachelorstudiums systematisch und kostenfrei Informationen zur Verfügung gestellt werden.“

— Jan Berkes, Studienautor —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Jan Berkes
www.diw.de/mediathek

Masterstudium ja oder nein? Gezielte Online-Informationen beeinflussen weitere Studienpläne

Von Jan Berkes, Frauke Peter, C. Katharina Spieß und Felix Weinhardt

ABSTRACT

Nach wie vor entscheidet sich die Mehrheit der BachelorabsolventInnen für ein Masterstudium, auch wenn die Anteile zurückgehen. Wenig ist jedoch darüber bekannt, was diese Entscheidung beeinflusst und inwiefern dabei Informationen über zusätzliche Erträge eines Masterstudiums und dessen Finanzierung im Vergleich zu einem Bachelorstudium relevant sind. Die vorliegende Analyse auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up) zeigt, dass männliche Studierende infolge gezielt bereitgestellter Online-Informationen die Perspektiven ohne Masterstudium besser einschätzen als zuvor. Dadurch verliert ein Masterstudium für sie an Attraktivität. Tatsächlich beabsichtigen sie – wie weitere Befragungen bis zu einem Jahr nach der Online-Informationsbereitstellung zeigen – seltener, einen Master zu machen, und nehmen auch etwas weniger oft ein Masterstudium auf. Dabei sind sowohl Informationen über das Einkommen als auch über nichtmonetäre Aspekte wie das Anforderungsniveau von beruflichen Tätigkeiten relevant. Auch wenn sich diese Effekte für Frauen nicht zeigen, wird klar: Gezielt bereitgestellte Online-Informationen können ein sehr effektives und kostengünstiges Instrument sein, um Menschen besser informierte und alternative Bildungsentscheidungen zu ermöglichen.

Die Zahl der Masterabschlüsse an Universitäten und anderen Hochschulen ist seit dem Jahr 2010 um mehr als das Vierfache auf zuletzt etwa 140 000 pro Jahr gestiegen. Durchschnittlich rund 62 Prozent der BachelorabsolventInnen nehmen ein Masterstudium auf. An den Universitäten, in Lehramtsstudiengängen sowie in naturwissenschaftlichen Fächern ist die sogenannte Übergangsquote mit 80 bis 90 Prozent besonders hoch.¹ Die insgesamt relativ hohen Übergangsquoten mögen auch mit der in einigen Wirtschaftsbereichen und auch im öffentlichen Sektor nach wie vor begrenzten Anerkennung des Bachelorabschlusses als berufsqualifizierender Abschluss zusammenhängen. Festzuhalten ist allerdings auch, dass die Übergangsquote insgesamt seit einiger Zeit abnimmt, 2010 lag sie noch um rund zehn Prozentpunkte höher bei durchschnittlich 72 Prozent.² Grund dafür ist unter anderem eine gesunkene Nachfrage nach Masterstudiengängen – die Zahl der Masterstudiengänge liegt heute allerdings nicht signifikant niedriger als früher. Lokale oder teilweise auch fächerspezifische Engpässe im Zugang zu einem Masterstudiengang sind jedoch ebenfalls nicht auszuschließen.³

Die meisten Studierenden gehen direkt nach dem Bachelorabschluss in ein Masterstudium über, nur etwa ein Fünftel beginnt das Masterstudium später, beispielsweise nach einem Praktikum oder Auslandsaufenthalt. Wie auch die Aufnahme eines Bachelorstudiums⁴ ist die Entscheidung für oder gegen einen zweiten Studienabschluss unter anderem vom elterlichen Bildungshintergrund abhängig: Studierende, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben, wählen

¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung (online verfügbar; abgerufen am 12. Mai 2020). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt. Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2016.

² Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018), a. a. O., Tabelle F5-8web.

³ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018), a. a. O.

⁴ Vgl. zum Beispiel Frauke Peter et al. (2016): Informationen zum Studium verringern soziale Unterschiede bei der Studienabsicht von AbiturientInnen. DIW Wochenbericht Nr. 26, 555–565 (online verfügbar); und Frauke Peter, C. Katharina Spieß und Vaishali Zambre (2018): Infoworkshop zum Studium erhöht die Studienaufnahme. DIW Wochenbericht Nr. 26, 565–573 (online verfügbar).

weniger wahrscheinlich ein Masterstudium als Studierende mit einem akademischen Bildungshintergrund der Eltern.⁵

Obwohl die Bologna-Reform nahezu 20 Jahre zurückliegt und das Bachelor-Master-System also keinesfalls mehr „neu“ ist, ist relativ wenig darüber bekannt, was die Entscheidung für oder gegen einen Masterstudiengang beeinflusst. Dies ist umso überraschender, da es zahlreiche nationale und insbesondere internationale Studien zum Übergang von der Schule in ein Studium gibt. So zeigen zum Beispiel zahlreiche Arbeiten, dass Informationen über die Kosten und Nutzen eines Studiums Unterschiede in der Studienaufnahme zumindest teilweise erklären können. Auch Analysen auf Basis früherer Befragungswellen der in diesem Bericht untersuchten Daten des *Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)* zeigen, dass ein Informationsworkshop ein Jahr vor dem Abitur die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass AbiturientInnen mit einer Studienabsicht diese auch umsetzen.⁶

Was erklärt jedoch den Übergang in den zweiten Studienabschnitt? Diese Frage ist derzeit – wie jedes Jahr um diese Zeit – auch deshalb sehr aktuell, da zahlreiche Hochschulen die Bewerbungsverfahren für Masterstudiengänge, die im nächsten Wintersemester beginnen, gestartet haben.

Sowohl monetäre als auch nichtmonetäre Erträge eines Masterstudiums relevant

Vergleichsweise wenig bekannt ist, wie sehr der Übergang von einem Bachelor- in einen Masterstudiengang beziehungsweise die Entscheidung für oder gegen ein Masterstudium ebenfalls durch Informationen über die Erträge und Kosten geprägt ist.⁷ Einige der wenigen vorliegenden Studien⁸ zeigen jedoch, dass dabei nicht nur Informationen über monetäre Erträge, sondern auch solche über nichtmonetäre Erträge eines Masterstudiengangs relevant sind. Die Empirie zu diesem Thema beschränkt sich nach bestem Wissen der AutorInnen allerdings auf England und ist nicht zwingend auf Deutschland übertragbar.

Sowohl bei monetären als auch bei nichtmonetären Aspekten geht es um arbeitsmarktbezogene Erträge im weiteren Sinne. Beispielsweise ergeben sich unter StudienabsolventInnen Einkommensunterschiede auch danach, ob zusätzlich zu einem ersten Abschluss (in der Regel ein Bachelorabschluss)

noch ein zweiter Studienabschluss (meist ein Masterabschluss) erworben wurde. Tatsächlich zeigen deskriptive Befunde, dass die Einkommen mit einem Masterabschluss einer Fachhochschule beziehungsweise Universität in Deutschland um 14 beziehungsweise 17 Prozent⁹ höher liegen als die Einkommen der Referenzgruppen ohne Masterabschluss.¹⁰ Über Unterschiede im Lebens Einkommen liegen bisher keine gesicherten Informationen vor, da das zweigliedrige Studiensystem dafür noch zu „neu“ ist und die ersten AbsolventInnen das Renteneintrittsalter längst noch nicht erreicht haben. Bei nichtmonetären Erträgen ist unter anderem daran zu denken, ob ein zweiter Abschluss es eher erlaubt, eine intellektuell herausfordernde Tätigkeit auszuüben, Leitungs- und Führungsverantwortung zu übernehmen oder auch Familien- und Erwerbsarbeit besser miteinander in Einklang bringen zu können.¹¹

Inwiefern diese potentiellen Erträge beziehungsweise Erwartungen den Übergang in ein Masterstudium beeinflussen, wurde in einem Forschungsprojekt¹² des DIW Berlin untersucht. Dazu wurden Daten des Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up) ausgewertet (Kasten 1). Im Rahmen des Projekts wurden einer zufällig ausgewählten Gruppe von Bachelorstudierenden ausgewählte Informationen über Erträge¹³ und Finanzierung eines Masterstudiums im Vergleich zu einem Bachelorstudium präsentiert. Dabei handelt es sich um ein Online-Informationsmodul, wie es in Zeiten der gegenwärtigen Corona-Krise auch in anderen Kontexten eingesetzt wird, da Workshops oder andere Formate aufgrund von Kontaktsperren vorübergehend nicht möglich sind (Kasten 2). Ein weiterer Vorteil einer Online-„Intervention“ sind die vergleichsweise geringen Kosten und die damit verbundenen Möglichkeiten einer Skalierung auf größere Bevölkerungsgruppen. Bei der Befragung ging es unter anderem darum, Ertragserwartungen und weitere Studienabsichten sowie tatsächliche Studienübergänge zu erfassen. Dabei wurden die dargestellten durchschnittlichen Erträge weiter differenziert, beispielsweise nach Geschlecht und Berufsgruppe. Dies ermöglichte den Studierenden, sich

⁵ So gehen 30 Prozent der Studienberechtigten, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben, viereinhalb Jahre nach dem Schulabschluss in ein Masterstudium über. Demgegenüber entscheiden sich 37 Prozent derer, bei denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, viereinhalb Jahre nach dem Schulabschluss für ein Zweitstudium, vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018), a. a. O., Tabelle F5-7web.

⁶ Vgl. beispielsweise Frauke Peter, C. Katharina Spiess und Vaishali Zambre (2018): Informing Students about College: An Efficient Way to Decrease the Socio-Economic Gap in Enrollment – Evidence from a Randomized Field Experiment. DIW Discussion Paper Nr. 1770 (online verfügbar).

⁷ Vgl. für eine soziologische Studie für Deutschland Markus Lörz, Heiko Quast und Jan Roloff (2015): Konsequenzen der Bologna-Reform: Warum bestehen auch am Übergang vom Bachelor ins Masterstudium soziale Ungleichheiten? Zeitschrift für Soziologie, Band 44, Heft 2. Allerdings wird hier der Fokus nicht explizit auf die Bedeutung von Informationen gelegt.

⁸ Für eine bildungsökonomische Analyse für England vgl. Teodora Boneva, Marta Golin und Christopher Rauh (2019): Can perceived returns explain enrollment gaps in postgraduate education? HCEO Working Paper 2019-045, University of Chicago.

⁹ Wenn hier Fachhochschulen und Universitäten unterschieden werden, so rekuriert dies auf die frühere Unterscheidung mit dem Wissen, dass diese heute nicht mehr zutreffend ist.

¹⁰ Vgl. beispielsweise Martin Neugebauer und Felix Weiss (2017): Does a bachelor's degree pay off? Labor market outcomes of academic versus vocational education after Bologna. School of Business and Economics Discussion Papers 2017/11, Freie Universität Berlin.

¹¹ Insgesamt zeigt die bildungsökonomische Forschung, dass Bildung neben klassischen Bildungsrenditen in Form von höheren Löhnen ebenfalls auch zu nichtmonetären Erträgen, zum Beispiel besserer Gesundheit, führt. Vgl. zum Beispiel Philip Oreopoulos und Kjell G. Salvanes (2011): Priceless: The Nonpecuniary Benefits of Schooling. Journal of Economic Perspectives 25(1), 159–184; und Michael Becker et al. (2019): Nicht-monetäre Erträge von Bildung in den Bereichen Gesundheit, nicht-kognitive Fähigkeiten sowie gesellschaftliche und politische Partizipation. DIW Politikberatung kompakt Nr. 137 (online verfügbar).

¹² Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG, Förderkennzeichen SP 1091/2-1) finanziert. Für ein erstes Diskussionspapier siehe auch Jan Berkes, Frauke Peter, C. Katharina Spiess und Felix Weinhardt (2019): Information Provision and Postgraduate Studies. IZA Discussion Paper Nr. 12 735 (online verfügbar). Die im vorliegenden Wochenbericht dargestellten Ergebnisse beziehen sich im Wesentlichen auf dieses Papier, allerdings wurden methodische Verbesserungen durchgeführt.

¹³ Wenn in diesem Bericht im Kontext des Online-Informationsmoduls der Begriff „Erträge“ verwendet wird, so wird dieser umgangssprachlich verwendet. Im Informationsmodul selbst kommt er nicht vor. Dies ist insofern wichtig, da im engeren Sinne mit ihm kausale Wirkungen verbunden werden, in dem Online-Modul allerdings deskriptive Zusammenhänge dargestellt werden.

Kasten 1

Daten und Methode

Die Analysen basieren auf den Daten des Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up), das seit 2013 Berliner SchülerInnen auf ihrem nachschulischen Bildungsweg begleitet. Zunächst wurden die Daten im Rahmen eines von der Einstein-Stiftung geförderten Kooperationsprojekts des DIW Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) erhoben.¹ Seit 2017 erfolgen durch das DIW Berlin im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts weitere Befragungswellen.²

Insgesamt nutzt der vorliegende Bericht Angaben aus neun Befragungen des Panels. Es handelte sich um SchülerInnen, die geplant im Sommer 2014 ihre Studienberechtigung an einer Berliner Schule erwarben. Die Ausgangsstichprobe umfasste knapp 1500 SchülerInnen. Diese wurden erstmals ein Jahr vor Erwerb der Hochschulreife befragt; die erste Nachbefragung fand zwei bis drei Monate nach der Erstbefragung statt. Anschließend wurden die StudienteilnehmerInnen in den Jahren 2014 bis 2018 erneut befragt. Für alle Studierenden gab es zudem Wiederholungsbefragungen im Jahr 2019. Die erste Befragung fand an den Schulen statt, alle weiteren Befragungen erfolgten online (Tabelle).

Die Analysen des vorliegenden Berichts basieren auf der Studierendenpopulation des Best-Up-Panels, die in den Jahren 2017 bis 2019 befragt wurde. Dazu wurden 446 Befragte, die im Wintersemester 2017/18 höchstwahrscheinlich in einen Studiengang eingeschrieben waren, eingeladen, im Rahmen des Panels an weiteren Befragungen teilzunehmen. Im Anschluss an die im Dezem-

ber 2017 beziehungsweise Januar 2018 durchgeführte Befragung wurde einer zufällig ausgewählten Gruppe von Studierenden das beschriebene Online-Informationsmodul präsentiert.³

Die zufällige Auswahl der 446 Studierenden erfolgte mittels eines sogenannten Pairwise-Matching-Verfahrens. Ähnlich wie bei anderen Matching-Methoden werden zunächst alle Personen aufgrund beobachtbarer Merkmale aneinander angeglichen und paarweise gruppiert. Dazu wurde der sogenannte Greedy-Pair-Wise-Matching-Algorithmus genutzt.⁴ Durch die früheren Erhebungen des Berliner-Studienberechtigten-Panels lagen genügend Informationen über die Studierenden vor, um eine Randomisierung auf Basis dieser Matching-Methode durchzuführen. Dabei wurden Studierende paarweise unter anderem nach folgenden Merkmalen gruppiert: Masterstudienabsicht im Jahr 2017, Abiturnote und Geschlecht. Nachdem sogenannte statistische Zwillinge gefunden waren, konnte innerhalb der Paare jeweils eine Person zufällig der Gruppe zugeteilt werden, der online Informationen bereitgestellt wurden.

Ohne diese zufällige Einteilung der Studierenden in die Gruppen hätten vermutlich eher Studierende am Informationsmodul teilgenommen, die an Informationen zum Masterstudium besonders interessiert sind. Analysen der Wirkung auf die Masterstudienabsicht und Masterstudienaufnahme wären entsprechend verzerrt gewesen.

¹ Förderkennzeichen A-2010-025 (FU).

² DFG-Förderkennzeichen SP 1091/2-1

³ Siehe dazu auch Kasten 2 in diesem Bericht.

⁴ Vgl. Miriam Bruhn und David McKenzie (2009): In pursuit of balance: Randomization in practice in development field experiments. American Economic Journal: Applied Economics 1(4), 200–232.

Tabelle

Befragungen im Rahmen des Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)

Jahr	2013–2016	2017	2018	2018	2019
	1. Studie	2. Studie			
Befragungswelle		Kurzbefragung	Basisbefragung	Erstes Follow-up	Zweites Follow-up
Umfragemethode	In Schule (PAPI) und Online (CAWI)	Online (CAWI)	Online (CAWI)	Online (CAWI)	Online (CAWI)
Teilnahmequote (In Prozent der Basisbefragung der 2. Studie)			100	87	79
Zeitlicher Abstand zur Abiturprüfung	Ein Jahr vorher bis zwei Jahre danach	Drei Jahre danach	3,5 Jahre danach	Vier Jahre danach	4,5 Jahre danach
Zeitlicher Abstand zum Online-Modul		Sechs Monate vorher	Online-Modul wird präsentiert	Sechs Monate danach	Ein Jahr danach
N	1578–972	720	371	322	293

Anmerkung: Die Bruttostichprobe der Kurzbefragung ergibt sich aus allen Teilnehmenden der vorangegangenen Best-Up-Studie. Die Bruttostichprobe der Basisbefragung (N=446) ergibt sich aus allen Teilnehmenden der Kurzbefragung, die angaben, zum Zeitpunkt der Kurzbefragung oder zum nächsten Semester an einer Hochschule immatrikuliert zu sein.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

innerhalb der dargestellten Erträge besser zu verorten und ihre Vorstellungen über individuelle Erträge anzupassen.

Ergänzend zur Befragung vor der Bereitstellung des Infomaterials wurden die Studierenden im Anschluss weitere Male online zu unterschiedlichen Aspekten im Zusammenhang mit einem Masterstudium befragt. Unter anderem gaben sie ein halbes Jahr später Auskunft zu ihren Absichten, ein Masterstudium aufzunehmen und später auch dazu, ob ein Masterstudium tatsächlich aufgenommen wurde.

Knapp die Hälfte der Bachelorstudierenden will direkt einen Master machen

78 Prozent der Personen in der Best-Up-Stichprobe sind zum Zeitpunkt der ersten Befragung, also vor der Informationsbereitstellung, in ein Bachelorstudium eingeschrieben (Tabelle 1). Rund zehn Prozent der Befragten sind nicht an einer Hochschule immatrikuliert. 62 Prozent der Befragten sind Frauen und fast 59 Prozent haben Eltern mit einem nichtakademischen Bildungshintergrund. Erste Ergebnisse zeigen, dass etwa 46 Prozent der Befragten (und 42 Prozent der Bachelorstudierenden) vor der Informationsbereitstellung die Absicht haben, ein Masterstudium direkt nach Abschluss des Bachelorstudiums zu beginnen.

Um den Einfluss von Informationen auf den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium zu untersuchen, wurden einer zufällig ausgewählten Gruppe der Stichprobe (Teilnahme-Gruppe) Informationen über die Erträge und die Finanzierung eines Masterstudiums im Vergleich zu einem Bachelorstudium präsentiert, einer anderen Gruppe (Kontrollgruppe) hingegen nicht. Um spätere Differenzen in der Absicht, einen Masterstudiengang zu absolvieren, kausal auf die Online-Informationsbereitstellung zurückführen zu können, dürfen sich die beiden Gruppen nur in dieser Informationsbereitstellung unterscheiden – ansonsten müssen sie vergleichbar sein. Das ist tatsächlich der Fall, lediglich beim Merkmal Migrationshintergrund gibt es einen statistisch schwach signifikanten Unterschied (Tabelle 1, Spalte 4). Die geringen Differenzen bestätigen die zufällige Einteilung der Gruppen und erlauben es, die nachfolgend analysierten Zusammenhänge in kausaler Weise zu interpretieren.¹⁴

Insbesondere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig

In einem zweiten Schritt wird analysiert, ob die Aspekte, zu denen Informationen in einem Online-Modul bereitgestellt werden, aus Sicht der Befragten überhaupt relevant sind. Sie konnten die Bedeutung der einzelnen monetären und nichtmonetären Aspekte auf einer Likert-Skala von 1 (überhaupt nicht relevant) bis 5 (sehr stark relevant) bewerten. Es zeigt sich, dass neben monetären auch nichtmonetäre Aspekte eine große Bedeutung haben (Tabelle 2): Ein hohes Einkommen ist wichtig – Frauen bewerten es im Mittel mit einer

Tabelle 1

Best-Up-Befragungsgruppen nach verschiedenen Merkmalen

	Mittelwert insgesamt	Mittelwert Kontrollgruppe	Mittelwert Teilnahme-Gruppe	Differenz
Geschlecht: weiblich (Anteil in Prozent)	62,3	62,7	61,8	–0,009
Geburtsjahr	1994	1994	1995	–0,014
Nichtakademischer Hintergrund der Eltern (Anteil in Prozent)	58,9	57,5	60,3	0,029
Migrationshintergrund (Anteil in Prozent)	46,7	40,4	53,0	0,125*
Abiturnote	2,33	2,32	2,34	0,017
Basisbefragung (Direkt vor der Informationsbereitstellung)				
Anteile in Prozent				
Direkter Übergang zu Masterstudium geplant	46,1	44,9	47,3	0,024
Nicht immatrikuliert	10,2	11,4	9,1	–0,022
Immatrikuliert: Bachelor	77,9	75,7	80,1	0,044
Immatrikuliert: Master	4,6	5,4	3,8	–0,016
Immatrikuliert: Staatsexamen/Diplom	5,7	5,4	5,9	0,005
Immatrikuliert: andere Abschlüsse	1,6	2,2	1,1	–0,011
N	371	185	186	

Anmerkung: Die letzte Spalte gibt die Differenz zwischen den Mittelwerten der Teilnahme- und Kontrollgruppe an. Dieser Mittelwertvergleich erfolgt anhand eines zweiseitigen t-Tests.

*, ** und *** gibt die Signifikanz auf dem Zehn-, Fünf- und Ein-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels 2013–2018.

© DIW Berlin 2020

Tabelle 2

Relevanz monetärer und nichtmonetärer Studierenerträge für Frauen und Männer

Likert-Skala von 1 (überhaupt nicht relevant) bis 5 (sehr stark relevant)

	Frauen	Männer	Differenz
Wie wichtig sind Ihnen folgende Ziele?			
Monetäre Aspekte:			
Überdurchschnittliches Einkommen	3,536	3,727	–0,191
Nichtmonetäre Aspekte:			
Intellektuell fordernde Tätigkeit	3,691	3,788	–0,097
Vereinbarkeit Familie und Beruf	4,518	4,045	0,473***
Hochqualifizierte Tätigkeit, Tätigkeit mit Führungsverantwortung	3,018	3,455	–0,436**
Eltern zufrieden mit Beruf	2,518	2,273	0,245
N	110	66	

Anmerkung: Die Angaben wurden sechs Monate nach der Informationsbereitstellung erhoben. Es werden daher lediglich Beobachtungen der Kontrollgruppe verwendet.

*, ** und *** gibt die Signifikanz auf dem Zehn-, Fünf- und Ein-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels 2018.

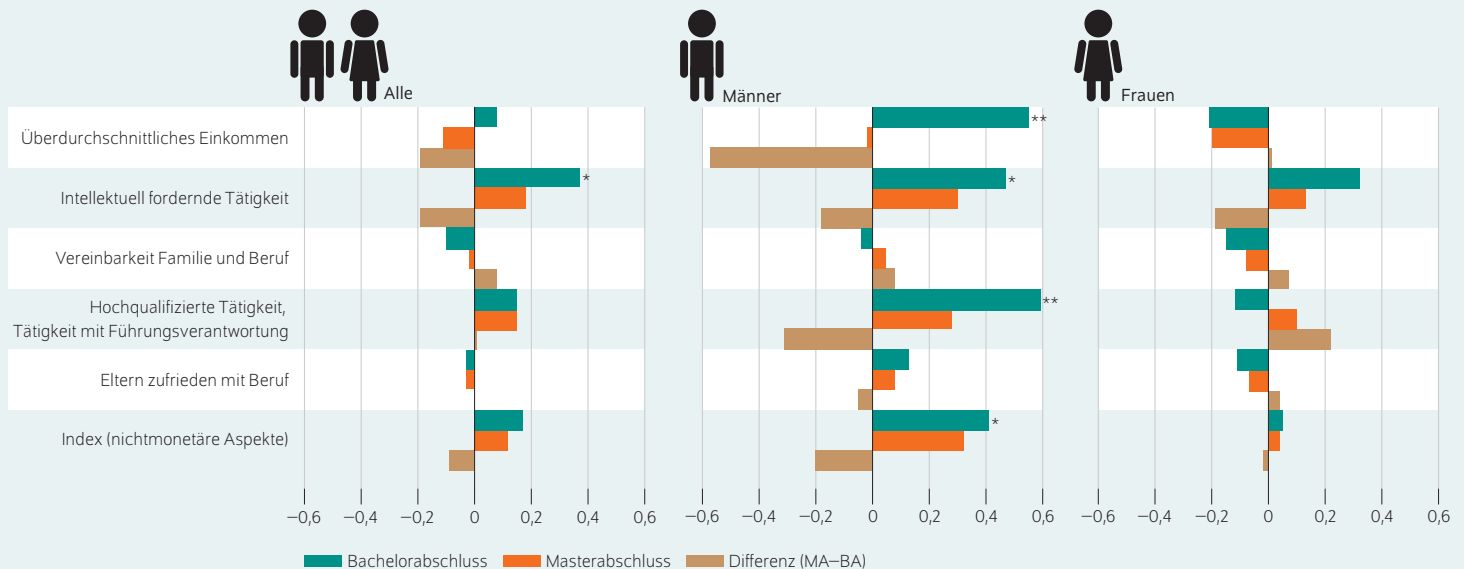
© DIW Berlin 2020

¹⁴ Die nachfolgenden Ergebnisse bleiben unverändert, wenn zusätzliche Kontrollvariablen, beispielsweise der Migrationshintergrund, verwendet werden. Siehe dazu auch Berkes et al. (2019), a. a. O.

Abbildung 1

Effekte der Informationsbereitstellung auf (nicht)monetäre Ertragserwartungen

In Punkten auf einer 7er-Skala



Anmerkung: Dargestellt sind die Effekte der Informationsbereitstellung auf die individuell erwarteten Erträge für zwei Szenarien: Für das Vorhandensein ausschließlich eines Bachelorabschlusses und für einen zusätzlichen Masterabschluss. Die Befragten wurden gebeten, die Wahrscheinlichkeit für verschiedene Erträge auf einer Skala von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 7 (sehr wahrscheinlich) einzuordnen. Die Differenz misst den individuell erwarteten zusätzlichen Ertrag eines Masterstudiums. In der linearen Regression berücksichtigte Variablen sind die Übergangsabsichten in ein Masterstudium und der angestrebte Abschluss, jeweils zum Zeitpunkt der Basisbefragung und der Kurzbefragung, sowie das Geschlecht, die Abiturnote und die Zugehörigkeit zur Teilnahmegruppe der ersten Best-Up-Studie.

*, ** und *** gibt die Signifikanz auf dem Zehn-, Fünf- und Ein-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels 2013–2019.

© DIW Berlin 2020

Infolge der Online-Informationen schätzen Männer ihre Perspektiven mit lediglich einem Bachelorstudium besser ein als zuvor.

Wichtigkeit von 3,5, Männer mit einer Wichtigkeit von 3,7. Der Möglichkeit, Familie und Beruf in Einklang zu bringen, wird von Frauen (Wert von 4,5) eine besonders große Bedeutung beigemessen. Männer schätzen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zwar signifikant weniger wichtig ein (Wert von 4,0), jedoch ist auch für sie diese Kategorie am relevantesten. Bemerkenswert ist der Geschlechterunterschied auch mit Blick auf hochqualifizierte Tätigkeiten beziehungsweise Tätigkeiten mit Führungsverantwortung: Dieser Aspekt ist für Studenten (Wert von 3,5) eindeutig wichtiger als für Studentinnen (Wert von 3,0).

Erwartungen ändern sich durch Informationsbereitstellung – aber nicht bei allen Befragten

Um Effekte des Online-Informationsmoduls auf die individuell erwarteten Erträge eines Masterstudiums zu erfassen, wurden die Personen in der Stichprobe sechs Monate nach der Informationsbereitstellung erneut befragt. Dabei sollten sie die Wahrscheinlichkeit verschiedener monetärer und nichtmonetärer Erträge einschätzen – von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 7 (sehr wahrscheinlich). Diese Einschätzungen wurden jeweils getrennt für zwei Szenarien abgefragt: Für das Vorhandensein ausschließlich eines Bachelorabschlusses und für einen zusätzlichen Masterabschluss.

Die Ergebnisse zeigen, dass die online bereitgestellten Informationen die Erwartungen bezüglich der Erträge eines alleinigen Bachelorstudiums verändern: Das Online-Modul führt dazu, dass sowohl monetäre Aspekte, also das Einkommen, als auch nichtmonetäre Aspekte wie der Anspruch der Tätigkeit mehrheitlich höher bewertet werden (Abbildung 1). Allerdings ist dieser Effekt meist nicht im statistischen Sinne signifikant – mit der Ausnahme einer steigenden Wahrscheinlichkeit, wonach mit einem alleinigen Bachelorstudium eher intellektuell fordernde Tätigkeiten verbunden werden. Einschätzungen bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben sich nicht verändert. Dies war insofern zu erwarten, da das Informationsmodul hierzu keine Aussagen präsentierte.

Ein eindeutigeres Bild zeigt sich bei einer Differenzierung nach dem Geschlecht: Nach den online bereitgestellten Informationen schätzen Männer die Möglichkeit, ein überdurchschnittliches Einkommen mit einem Bachelorabschluss zu erreichen, signifikant höher ein als die männliche Kontrollgruppe, die diese Informationen nicht hatte. Der Effekt beziffert sich auf der 7er-Skala auf 0,55 Punkte.¹⁵

¹⁵ Gemessen auf der Wahrscheinlichkeitsskala von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 7 (sehr wahrscheinlich). Die gemessenen individuellen Einschätzungen über Wahrscheinlichkeiten für Erträge

Ebenfalls höher bewertet werden die mit einem Bachelorabschluss verbundenen Erwartungen hinsichtlich einer intellektuell fordernden Tätigkeit (0,47 Punkte) und einer hochqualifizierten Tätigkeit (0,59 Punkte). Außerdem wird ein Gesamtindex für die nichtmonetären Erträge als gemittelte Summe aller nichtmonetären Erträge berechnet. Auch hier zeigt sich, dass männliche Befragte nach der Informationsbereitstellung neben den monetären Erträgen insgesamt auch die mit einem Bachelorstudium verbundenen nichtmonetären Erträge höher bewerten. Hinsichtlich der Erwartungen mit Blick auf die Erträge eines zusätzlichen Masterabschlusses ist kein statistisch signifikanter Effekt zu beobachten.

Infolge der Online-Informationen schätzen junge Männer die Perspektiven ohne ein Masterstudium also positiver ein als zuvor. Relativ zu einem Masterstudium wurden die mit einem alleinigen Bachelorstudium verbundenen individuellen Perspektiven also aufgewertet. Allerdings ist auch bemerkenswert, dass dieser Effekt bei weiblichen Studierenden nicht zu beobachten ist.

Männer beabsichtigen nach Online-Informationsmodul seltener Aufnahme eines Masterstudiums

Neben den angepassten Ertragserwartungen ändern sich sechs Monate nach der Online-Information auch die Pläne, ein Masterstudium zu beginnen. Es zeigt sich, dass Männer nun mit einer um fast 16 Prozentpunkte niedrigeren Wahrscheinlichkeit angeben, an das Bachelorstudium direkt ein Masterstudium anschließen zu wollen (Abbildung 2, oberer Teil). Bei Frauen gibt es diesen Effekt nicht, sie haben sogar eine leicht höhere Wahrscheinlichkeit eines direkten Übergangs in ein Masterstudium, die im statistischen Sinne aber nicht signifikant ist. Mit Blick auf die unterschiedlichen Effekte der Online-Intervention auf die erwarteten Erträge eines Masterstudiums zwischen Männern und Frauen ist dies wenig überraschend: Frauen ändern, wie zuvor beschrieben, ihre Ertragserwartungen infolge der Informationsbereitstellung nicht signifikant und somit auch nicht ihre Pläne bezüglich eines Masterstudiums. Bei Männern resultiert die gestiegene Wertschätzung des Bachelorabschlusses in einer sinkenden Absicht, ein Masterstudium aufzunehmen.

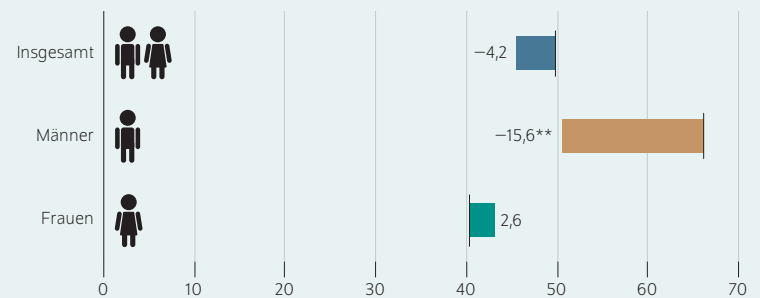
Hinweise auf geringere Übergänge in ein Masterstudium

Weitere sechs Monate später, also ein Jahr nach der Präsentation des Online-Moduls, wurden die Befragten erneut gebeten, an einer Online-Befragung teilzunehmen. Daher können bereits erste Effekte auf den tatsächlichen Übergang in ein weiterführendes Studium gemessen werden – und nicht nur die Studienabsichten. Die Ergebnisse zeigen, dass Männer infolge der Informationsbereitstellung nicht nur eine geringere Studienabsicht mit Blick auf einen Master haben, sondern tatsächlich auch seltener ein Masterstudium

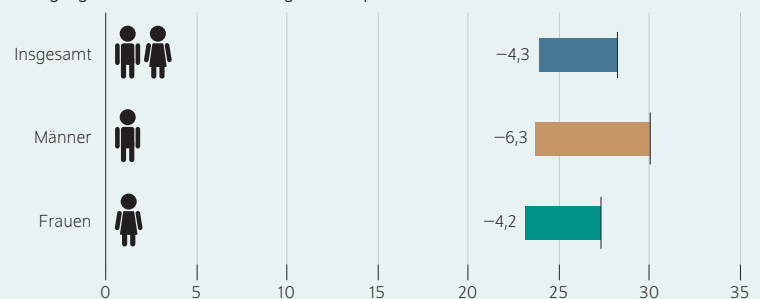
Abbildung 2

Effekte der Informationsbereitstellung auf Absicht und tatsächliche Aufnahme eines Masterstudiums In Prozentpunkten

Direkter Übergang zu Masterstudium geplant



Übergang in Masterstudium ist erfolgt (1 Jahr später)



Anmerkung: Dargestellt sind die Effekte der Informationsbereitstellung ausgehend von einem Basiswert. Der Basiswert gibt den Mittelwert der jeweiligen Untersuchungsgröße in der Gruppe an, der keine Informationen bereitgestellt wurden. In der linearen Regression berücksichtigte Variablen sind die Übergangsabsichten in ein Masterstudium und der angestrebte Abschluss, jeweils zum Zeitpunkt der Basisbefragung und der Kurzbefragung, sowie das Geschlecht, die Abiturnote und die Zugehörigkeit zur Teilnahmegruppe der ersten Best-Up-Studie. Im oberen Abbildungsteil sind Daten von 322 Personen (206 Frauen, 116 Männer) enthalten, im unteren Abbildungsteil Daten von 293 Personen (192 Frauen, 101 Männer). *, ** und *** gibt die Signifikanz auf dem Zehn-, Fünf- und Ein-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Berliner-Studienberechtigten-Panels 2013–2019.

© DIW Berlin 2020

Männer wollen infolge der Informationen deutlich seltener direkt nach ihrem Bachelorabschluss ein Masterstudium beginnen.

aufnehmen. Die Wahrscheinlichkeit dafür sinkt um gut sechs Prozentpunkte (Abbildung 2, unterer Teil). Dieser Effekt ist im statistischen Sinne nicht signifikant, was darauf zurückgeführt werden kann, dass die Stichprobe nach einem weiteren Jahr relativ klein ist – aber auch, weil womöglich einige Studierende erst nach der nochmaligen Befragung ein Masterstudium beginnen. So sind ein Jahr nach der Befragung nur etwa 28 Prozent der Studierenden in der Kontrollgruppe in ein Masterstudium oder einen vergleichbaren Studienabschnitt übergegangen.

Fazit: Informationen beeinflussen auch die Entscheidung für oder gegen ein Masterstudium

Gezielt bereitgestellte Informationen beeinflussen die Absicht, ein Bachelorstudium aufzunehmen – und auch die Wahrscheinlichkeit, diesen Plan zu verwirklichen.¹⁶ So

mit einem Bachelorabschluss haben Standardabweichungen zwischen 1,32 und 1,37. Der Gesamtindex ist auf eine Standardabweichung von 1 normiert. Die gemessenen Effekte entsprechen also ungefähr einem Anstieg um 0,4 Standardabweichungen.

¹⁶ Entsprechende Pläne werden nicht immer umgesetzt, wie sich bereits in früheren Studien auf Basis der Best-Up-Daten gezeigt hat, vgl. beispielsweise Peter et al. (2016), a. a. O.



Kasten 2

Online-Modul mit Information zu Erträgen von Master- im Vergleich zu Bachelorstudium

Das Online-Modul mit Informationen zu den Erträgen von Master- im Vergleich zu Bachelorabschlüssen wurde im Anschluss an die Befragung im Dezember 2017 beziehungsweise Januar 2018 der zufällig ausgewählten Teilnahmegruppe präsentiert. Die Bereitstellung der Informationen erfolgte dabei über eine Online-Präsentation, die auf jeweils einer Bildschirmseite einen Aspekt illustrativ und in vereinfachter Darstellung präsentierte. Die gezeigten Ergebnisse wurden von der Projektgruppe auf der Basis eigener empirischer Analysen erstellt. Dabei wurden sowohl für die Gruppe von Bachelor- als auch von MasterabsolventInnen die späteren durchschnittlichen Erwerbseinkommen sowie die mehrheitlich ergriffenen Berufsgruppen und Tätigkeiten gezeigt. Jede Bildschirmseite mit einem Ertragsaspekt enthielt darüber hinaus eine kurze Erläuterung unterhalb der Abbildung, eine zusammenfassende Abbildungsüberschrift sowie eine kurze Audioinformation, die die Hauptbotschaft der präsentierten Abbildung erläuterte.

Diese Abbildungen basieren zum einen auf Daten des Mikrozensus und zum anderen auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Beide Datensätze sind für Deutschland repräsentativ und erlauben es, Informationen zu monetären und nicht-monetären Erträgen eines Bachelorabschlusses im Vergleich zu einem Masterabschluss für Personen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren zu berechnen und entsprechend darzustellen. Die präsentierten Ergebnisse beziehen sich dabei auf HochschulabsolventInnen am Anfang ihrer Erwerbskarrieren, da die Einführung des zweigliedrigen Studiensystems im Jahr 2002 erst knapp 20 Jahre zurückliegt und AbsolventInnen der neu eingeführten

Abschlussarten noch nicht bis zum Ende ihrer Erwerbskarrieren beobachtet werden können.

Das Online-Modul enthielt Informationen zu Erträgen, aber auch zur Finanzierung eines Masterstudiums und wurde audiovisuell aufbereitet, um die Informationen verständlich darzustellen. Studierende konnten dabei nicht zur nächsten Bildschirmseite weiterklicken, ohne die zur Abbildung gehörende Audiodatei abzuspielen. So wurden zufällig ausgewählte Studierende kurz vor Ende ihres Bachelorstudiums über Einkommensunterschiede (monetärer Ertrag) getrennt nach Abschlussart (Bachelor versus Master) informiert und erhielten Informationen zu unterschiedlichen Arten von Tätigkeiten (nichtmonetärer Ertrag). Bei der Darstellung möglicher Erträge wurde auch nach Berufen und Geschlecht differenziert. Im Hinblick auf die mögliche Finanzierung eines Zweitstudiums enthielt das Online-Modul Informationen zu BAföG, Studienstipendien und Nebenjobs für Studierende.

Neben der audiovisuell aufbereiteten Information folgte nach jeder inhaltlichen Bildschirmseite ein Fenster mit einer kurzen Verständnisfrage, um sicherzustellen, dass die Studierenden die Informationen angeschaut und verstanden hatten. Im Mittel haben Studierende acht Minuten gebraucht, um sich insgesamt 16 Bildschirmseiten mit Informationen zu monetären und nicht-monetären Erträgen der beiden Studienabschlüsse und Finanzierungsmöglichkeiten eines Masterabschlusses anzusehen. Die im Online-Modul präsentierten Informationen waren so aufbereitet, dass sie auf mobilen Endgeräten und auf einem PC gleichermaßen gut rezipiert werden konnten.

weit, so bekannt. Doch die Entscheidung für oder gegen ein Masterstudium wurde bisher kaum untersucht. In einem für Deutschland bisher einmaligen Studiendesign zeigt sich, dass die gezielte Bereitstellung von Online-Informationen zu monetären und nichtmonetären Erträgen eines Masterstudiums im Vergleich zu einem Bachelorstudium auch die Absicht beeinflusst, ein Masterstudium aufzunehmen. Mehr noch: Es lassen sich Hinweise finden, denen zufolge nach der Bereitstellung empirisch

fundierter Informationen zu den Erträgen vor allem Männer ihre Pläne für ein Masterstudium tatsächlich ändern und eher kein Masterstudium aufnehmen. Die Studienabsicht von Frauen wird hingegen nicht im statistisch signifikanten Sinne beeinflusst. Inwiefern dies damit zu tun hat, dass für Frauen andere als die präsentierten Erträge eines Masterstudiums von Bedeutung sind, kann an dieser Stelle nur vermutet werden. Ebenso, ob Studentinnen eventuell grundsätzlich besser informiert sind, da sie ihre

Studienentscheidungen vielleicht bewusster treffen oder sich früher über mögliche Erträge informieren. Auszuschließen ist allerdings auch nicht, dass die Form der Online-Präsentation auf weibliche Studierende anders wirkt als auf männliche Studierende. Letztlich müsste all dies anhand einer weiteren Online-Präsentation getestet werden.

Fakt ist aber: Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig umfassende Informationen für Bildungsentscheidungen sind. Gesamtwirtschaftlich betrachtet könnte – wenn BildungsteilnehmerInnen, in diesem Fall Studierende, informierter sind – der „Mismatch“ zwischen Bildungsnachfrage und -angebot kleiner werden. Das untersuchte Online-Modul, das für das zugrundeliegende Forschungsprojekt neu konzipiert wurde, ist – was die damit verbundenen „Durchführungskosten“ angeht – sehr günstig. Es erscheint somit sinnvoll, am Ende

eines Bachelorstudiums allen Studierenden entsprechende onlinebasierte Informationen im Rahmen von Apps oder auch anderen Tools kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die Studienberatungen an den Hochschulen könnten auf dieses Angebot aufmerksam machen, damit mehr Studierende die für sie passende Entscheidung für oder gegen ein Masterstudium auf einer informierten Basis treffen.

Insbesondere in Zeiten der Online-Lehre und der präsenzfreien Hochschulen scheinen solche onlinebasierten Angebote besonders relevant. Durch den coronabedingten „Shutdown“ sind viele Personen und Gruppen für gezielt bereitgestellte Apps und andere Online-Angebote mit spezifischen Informationen sensibilisiert worden – eine Chance, künftig verstärkt und kosteneffizient zentrale Informationen auch für Bildungsentscheidungen bereitzustellen.

Jan Berkes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | jberkes@diw.de

Frauke Peter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildungsverläufe und Beschäftigung am Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) | peter@dzhw.eu

C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin und Professorin für Bildungs- und Familienökonomie an der Freien Universität Berlin | kspiess@diw.de

Felix Weinhardt ist Gastprofessor für Ökonometrie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | felix.weinhardt@hu-berlin.de

JEL: I21, I24, J24

Keywords: postgraduate education, information, RCT, expectations



INTERVIEW

„Studie unterstreicht, wie wichtig relevante Informationen für Bildungsentscheidungen sind“

Jan Berkes, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin.

1. **Herr Berkes, wie viele BachelorabsolventInnen entscheiden sich für ein Masterstudium?** Derzeit liegt die Zahl der Masterabschlüsse in Deutschland bei rund 140 000 pro Jahr. Der Anteil der BachelorabsolventInnen, die zeitnah nach dem Bachelor in ein Masterstudium übergehen, war zuletzt leicht rückläufig und liegt nun bei etwa 62 Prozent. Allerdings ist die Übergangsquote in Lehramtsstudiengängen und in naturwissenschaftlichen Fächern mit 80 bis 90 Prozent deutlich höher.
2. **Sie haben untersucht, inwieweit diese Entscheidung durch gezielt bereitgestellte Online-Informationen beeinflusst werden kann. Wie sind Sie dabei vorgegangen?** In einem Online-Modul haben wir Bachelorstudierenden Informationen gezeigt, die für ihre Entscheidung relevant sein können. Zum Beispiel haben wir ihnen die Einkommensverläufe von Personen mit und ohne Masterabschluss präsentiert oder wie die Wahrscheinlichkeit, später in einer Führungsposition zu arbeiten, von einem Masterabschluss abhängt. Diese Informationen haben wir einer zufällig ausgewählten Gruppe gezeigt, um sehen zu können, ob sich durch das zusätzliche Wissen Unterschiede in den Plänen und Ansichten der Studierenden im Vergleich zu einer Gruppe, die diese Informationen nicht hatte, ergeben.
3. **Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?** Unsere Ergebnisse zeigen, dass junge Männer aufgrund der bereitgestellten Informationen seltener ein Masterstudium anstreben. Sechs Monate nach der Teilnahme am Online-Modul verringerte sich ihre Absicht, direkt nach dem Bachelorstudium ein Masterstudium aufzunehmen, um 16 Prozentpunkte auf etwa 51 Prozent. Zwölf Monate nach der Teilnahme hatte bereits ein kleiner Teil der Studierenden mit dem Masterstudium begonnen und auch hier konnten wir beobachten, dass Männer, die die Informationen erhalten haben, etwas seltener ein Masterstudium begonnen haben. Für Frauen konnten wir keine Effekte finden.
4. **Welche Aspekte üben dabei den größten Einfluss auf die Entscheidung aus?** Bei den männlichen Studierenden

steigt der erwartete Nutzen eines Bachelorabschlusses. Aufgrund der bereitgestellten Informationen gehen die Teilnehmer eher davon aus, dass sie auch ohne einen Masterabschluss ein gutes Einkommen erzielen, einer intellektuell fordernden Tätigkeit nachgehen und in einer Führungsposition arbeiten können. Die Option, keinen Master zu machen, wurde durch die bereitgestellten Informationen also aufgewertet.

5. **Warum wird die Einstellung männlicher Studierender eher beeinflusst als die von weiblichen?** Insbesondere Frauen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr wichtig. Männern hingegen sind monetäre Aspekte und das Erreichen einer Position mit Führungsverantwortung etwas wichtiger als Frauen. Aufgrund der Art der verfügbaren Daten lag der Fokus unseres Online-Moduls eher auf Aspekten, die besonders Männern wichtig sind. Wir können jedoch nicht mit absoluter Sicherheit sagen, ob dies der ausschlaggebende Grund ist. Es könnte auch sein, dass sich Frauen bereits besser über die für sie wichtigen Aspekte informiert hatten oder die Form der Online-Präsentation auf Studentinnen anders wirkt als auf Studenten.
6. **Welche Bedeutung haben Ihre Ergebnisse für die Bildungspolitik?** Unsere Studie zeigt auf, wie wichtig relevante Informationen für Bildungsentscheidungen sind und dass selbst nach mehreren Jahren eines Bachelorstudiums noch Informationsdefizite bezüglich einer anstehenden Studienentscheidung bestehen können. Wir schlagen deshalb vor, am Ende eines Bachelorstudiums Studierenden systematisch entsprechende Informationen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Unsere Studie zeigt auch, dass dies wirkungsvoll und ohne größere Kosten online erfolgen kann.

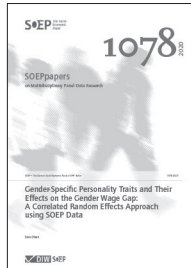
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1078

2020 | Sina Otten



Gender-Specific Personality Traits and Their Effects on the Gender Wage Gap: A Correlated Random Effects Approach using SOEP Data

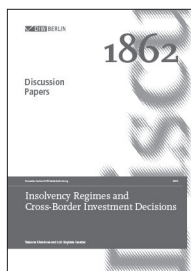
Using longitudinal data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), this article examines whether gender wage differentials occur due to differences in prototypical personality traits of women and men and provides the first application of a gender wage gap decomposition on the basis of a correlated random effects model. Main results show that agreeableness and openness are the most important personality traits in explaining wages and wage differentials. Openness has a positive effect and agreeableness has a negative effect on earnings for men, while the opposite effects are found for women. Concerning the gender wage gap, analyses show that although gender differences in openness and agreeableness explain small parts of the gap, gender differences in the returns of agreeableness and openness are larger.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1862

2020 | Tatsiana Kliatskova, Loïc Baptiste Savatier



Insolvency Regimes and Cross-Border Investment Decisions

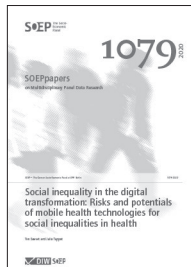
This paper investigates the effect of reforms of insolvency regulations on cross-border debt and equity investments at a sectoral level. Using disaggregated data from the Securities Holdings Statistics by Sector (SHSS) and OECD-indicators on the efficiency of insolvency regulations, we find that investors prefer to invest more in countries with more efficient insolvency frameworks. The effect, however, differs across sectors, with households and institutional investors being particularly sensitive. In addition, share-holders are mostly responsive to prevention and streamlining tools, while debt-holders respond more to availability of restructuring tools. Finally, we show that countries with developed financial markets and effective government are the ones that see the largest debt and equity inflows after reforms of insolvency regulations.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1079

2020 | Tim Sawert, Julia Tuppatt



Social Inequality in the Digital Transformation: Risks and Potentials of Mobile Health Technologies for Social Inequalities in Health

The paper addresses the impact of digital health technologies on social inequalities in health. We set focus on mobile health technologies (mHealth) and analyse whether (a) usage of such technologies differs by educational level and (b) whether their usage moderate social inequalities in health satisfaction. We first develop a theoretical model in order to establish potential associations between social inequality, mHealth usage and health satisfaction. Assuming that mHealth technologies might positively affect health behaviour, they might particularly benefit groups with low health literacy and thus, have the potential

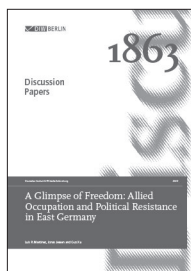
to decrease the social gap in health behaviours, that was consistently reported in previous research. On the other hand, drawing on theories in the field of the digital divide, mHealth technologies might in contrast even exacerbate existing inequalities, if groups with a higher socio-economic status use them more often (2nd level digital divide) and/or particularly benefit from using them (3rd level digital divide). Using data of the Innovation Sample of the Germany Socio-Economic Panel Study (N=5,075), we find evidence for a 2nd level digital divide in mHealth usage: Among smartphone users, higher educated respondents are more likely to use health/fitness apps. However, our results do not support the existence of a 3rd level divide: There is no difference in the benefit of usage on respondents' subjective health satisfaction by educational level. Further research is needed in order to analyse the proposed associations more in depth.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1863

2020 | Luis R. Martinez, Jonas Jessen, Guo Xu



A Glimpse of Freedom: Allied Occupation and Political Resistance in East Germany

This paper studies costly political resistance in a non-democracy. When Nazi Germany surrendered in May 1945, 40% of the designated Soviet occupation zone was initially captured by the western Allied Expeditionary Force. This occupation was short-lived: Soviet forces took over after less than two months and installed an authoritarian regime in what became the German Democratic Republic (GDR). We exploit the idiosyncratic line of contact separating Allied and Soviet troops within the GDR to show that areas briefly under Allied occupation had higher incidence of protests during the only major episode of

political unrest in the GDR before its demise in 1989 - the East German Uprising of 1953. These areas also exhibited lower regime support during the last free elections in 1946. We argue that even a "glimpse of freedom" can foster civilian opposition to dictatorship.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1080

2020 | Carsten Schröder, Theresa Entringer, Jan Goebel, Markus M. Grabka, Daniel Graeber, Martin Kroh, Hannes Kröger, Simon Kühne, Stefan Liebig, Jürgen Schupp, Johannes Seebauer, Sabine Zinn



Erwerbstätige sind vor dem Covid-19-Virus nicht alle gleich

Die Corona-Pandemie und die politischen Entscheidungen zu ihrer Eindämmung verändern derzeit die Situation vieler Erwerbstätiger in Deutschland. Auf Grundlage einer ersten Tranche einer Zusatzbefragung (SOEP-Cov) von Haushalten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), werden hier die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Erwerbstätigen des Jahres 2019 analysiert. Die Betroffenheit wird anhand von drei Dimensionen - dem Bildungsniveau, dem Bruttoerwerbseinkommen 2019 und dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen 2019 - untersucht. Zentrale Ergebnisse sind, dass sich knapp unter 20 Prozent der Erwerbstätigen in Kurzarbeit befinden und ein gutes Drittel teilweise

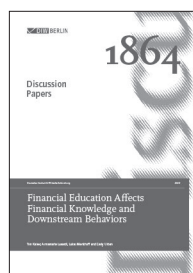
oder vollständig im Homeoffice. Dabei ist die berichtete Arbeitszeit im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt um vier Stunden gesunken. Die Betroffenheit der Erwerbstätigen unterscheidet sich dabei entlang der drei Dimensionen. Vor allem Erwerbstätige mit höheren Einkommen und höherer Bildung nutzen die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, während Erwerbstätige mit geringerer Bildung überdurchschnittlich häufig in Kurzarbeit gehen. Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen sich die meisten Erwerbstätigen zwar nicht, wohl aber um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Frühjahr 2020.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1864

2020 | Tim Kaiser, Annamaria Lusardi, Lukas Menkhoff, Carly Urban



Financial Education Affects Financial Knowledge and Downstream Behaviors

We study the rapidly growing literature on the causal effects of financial education programs in a meta-analysis of 76 randomized experiments with a total sample size of over 160,000 individuals. The evidence shows that financial education programs have, on average, positive causal treatment effects on financial knowledge and downstream financial behaviors. Treatment effects are economically meaningful in size, similar to those realized by educational interventions in other domains and are at least three times as large as the average effect documented in earlier work. These results are robust to the method used, restricting the sample to papers published in top economics journals, including only studies with adequate power, and accounting for publication selection bias in the literature. We conclude with a discussion of the cost-effectiveness of financial education interventions.

od used, restricting the sample to papers published in top economics journals, including only studies with adequate power, and accounting for publication selection bias in the literature. We conclude with a discussion of the cost-effectiveness of financial education interventions.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





ALEXANDER KRITIKOS

Wieso der Staat bei den Start-up-Hilfen genau hinsehen sollte

Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Anfang April schlug der Bundesverband Deutsche Startups Alarm und verlangte für Start-ups einen „ganzheitlichen Schutzschirm“, darunter auch einen staatlichen Matching-Fonds, der Investitionen im Verhältnis 80 zu 20 Prozent „matched“: Für jede neu investierte Million Euro privater Wagniskapitalgeber sollte der Staat vier Millionen Euro drauflegen. Kaschiert wurde diese maßlose Forderung mit der ökonomisch kaum zu rechtfertigenden Analogie, dies entspräche den im Rahmen des Corona-Hilfspakets bereitgestellten KfW-Krediten, für die der Bund (zu der Zeit noch) 80 Prozent des Ausfallrisikos übernahm.

Startups seien, so die Begründung, in der Regel von Liquiditätshilfen, Kurzarbeitergeld und den mittlerweile zu 100 Prozent abgesicherten KfW-Krediten ausgeschlossen. Daher die Notwendigkeit für den Schutzschirm, der nicht nur bonitätslose Frühphasen-Start-ups umfassen soll, sondern auch Scale-ups, also Start-ups in der Wachstumsphase, die prinzipiell für Fremdkapital in Frage kommen, und sogar Wagniskapitalfonds. Nur so würde der „Fortbestand des deutschen Startup-Ökosystems“ gesichert und ein „Startup-Sterben“ verhindert, lauteten die Warnungen des Verbands. Nach mehrwöchigen Verhandlungen hat der Bund nun beschlossen, eine „Corona-Matching-Fazilität“ (CMF) bereitzustellen, die unter anderem Investitionen privater Kapitalgeber im Verhältnis drei (private Mittel) zu sieben (finanziert mit Steuergeldern) „matched“.

Natürlich sollte der Staat Start-ups wie anderen Unternehmen in Zeiten der Pandemie das Überleben sichern, indem er ihnen Liquiditätshilfen gewährt. Insofern überrascht vor allem die Form, wie die Mittel der CMF-Fazilität zugeteilt werden sollen. Dabei fällt in der Diskussion um die zusätzlichen Hilfen auf, dass weniger die Start-up-Unternehmen selbst nach Hilfen riefen, sondern ihre Wagniskapitalgeber. Deren Kalkül ist klar: Je mehr Start-ups durch Staatshilfen am Leben gehalten werden, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Wagniskapital nachschießen oder gar Investitionen abschreiben müssen.

Insbesondere Investitionen statt Liquiditätshilfen in sogenannte Scale-ups sollten kritisch beleuchtet werden, wenn nicht

gar unterbleiben. Dies sind in der Regel umsatzgenerierende Unternehmen, die teils weit länger als fünf Jahre am Markt sind, in Deutschland etwa Marktführer sind oder sich als „Europas größten Händler“ in ihrem Segment bezeichnen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum für solche Scale-ups das Kurzarbeitergeld und die Zuschüsse zu gering und die KfW-Kredite nicht zugänglich sein sollten, sie dürften mittlerweile kreditwürdig sein. Und es ist schwierig, anderen Bestandsunternehmen ähnlichen Alters zu erklären, warum Unternehmen, die sich mit dem Label „Start-Up“ schmücken, in einer solchen Krise zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten sollen. Die Hilfe vom Bund für solche Scale-ups sollte sich daher auf Liquiditätshilfen konzentrieren, die ausschließlich dazu dienen, diese schwierige Phase zu überstehen.

Gleichzeitig muss für die staatlichen Ko-Investitionen eine klare Start-up-Definition zugrunde gelegt werden. Darüber hinaus sollte der Bund bei der Vergabe darauf hinwirken, dass Innovationen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz unterstützt werden. Das können Start-ups sein, die an für Covid-19 relevanten Innovationen arbeiten oder für den deutschen Industriestandort „Deep tech“ Zukunftstechnologien entwickeln. Zumindest sollte eine große sektorale und technologische Bandbreite abgedeckt werden, da derzeit der Löwenanteil an investiertem Wagniskapital in E-Commerce-Geschäftsmodelle fließt. Zu guter Letzt sollten die ausführenden Stellen genau darauf achten, dass nicht nur die „Platzhirsche“, sondern auch die Frühphasen-Start-ups bedacht werden, da sie weder auf Wagnis- noch Fremdkapital zugreifen können.

Die Diskussion um den Start-up-Schutzschirm ist ein guter Zeitpunkt, um auch generell die Förderung von Unternehmen und Start-ups in Deutschland kritisch zu beleuchten. Insbesondere für die Erneuerung des Industriestandorts sind disruptive Innovationen zu wichtig, als dass man sie allein dem Markt überlassen kann.

Der Beitrag ist in einer längeren Fassung am 15. Juni 2020 bei Business Insider erschienen.